

Die „Freiheit“ erscheint montags und samstags. Sonntags und Montags nur einmal. Der Abonnementspreis beträgt bei jeder Zahlung im Voraus für sechs Monate 10.00 M., im Voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 8.00 M. Für Bestellung nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter anderem bezogen für Preussisch- und Österreich 16.40 M., für das übrige Ausland 21.80 M., y-städtisch Postamtlich, per Brief für Deutschland und Österreich 20.00 M.
Verkaufsstellen und Expedition: Berlin 1720, 6, Wilhelmstrasse 101/102.
Fernsprecher: Kam. Reden 833-33 und 9768.

Die wichtigste Tageszeitung oder deren Name folgt 4.- M. einschließlich Erwerbssteuer (1919). Keine Ausgabe am Sonntag. Das in der Ausgabe vom 2.- M. 1919 bis Ende Januar 1920 veröffentlichte. Solche Nachweise sind vor dem Kriege regelmäßig gegeben worden, sie wurden während des Krieges auf Veranlassung der Heeresleitung unterlassen, jetzt ist mit ihnen wieder der Anfang gemacht worden. Insgesamt sind in den angegebenen zehn Monaten an Steuern und Zöllen 6 Milliarden Mark eingegangen. Nimmt man für die noch fehlenden zwei Monate die Eingänge aus dem Januar 1920 als Grundlage an, die 784 Millionen Mark betragen, so sind insgesamt etwa 7 1/2 Milliarden Mark an Steuern und Zöllen eingegangen. Der Voranschlag betrug 13,54 Milliarden, so daß ein Mindereinnahme von etwa 6 Milliarden Mark resultiert.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Erregte Kammerdebatten in Italien.

Zur Regierungserklärung.

Rom, 27. Juni. (Sofoni.)

In der Kammer wurde die Regierungserklärung der Regierungserklärung weitergeführt. Turati (Sozialist) bemerkte, nicht im Namen seiner Partei, aber auch nicht im Namen der allgemeinen Interessen seiner Parteigenossen zu sprechen. Gegenwärtig, führte er aus, suchen alle Parteien nur zum Zweck des Landes und zu ihrem eigenen Wohl zu handeln. Das gleiche wolle der Sozialist und. Derjenige, der von der sozialistischen Partei eine ausgesprochene Mitarbeit verlange, gebe sich nicht Rechenschaft darüber, daß eine solche im gegenwärtigen Augenblick und unter den heutigen Umständen unmöglich sei. Turati erachtete das Finanzprogramm Giolittis als unzulänglich. Nach seiner Ansicht läßt die finanzielle Lage keine allmähliche, ruhevolle Lösung zu. Das Programm zur Unterbrechung von Kriegsverträgen von Versailles enthalten. Nach einer eingehenden Kritik der durch die Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen entwickelte Turati ein sozialistisches und ein Agrar-Reformprogramm, das seiner Meinung nach das Land retten würde.

Die sozialistische Bewegung hat in mehreren Punkten über die Zwischenfälle in Ancona. Der aus organisatorischen Gründen erforderliche Widerstand des Sozialismus aus verschiedenen Punkten einen Vorwand, um eine antimilitaristische Ausdehnung zu veranstalten. Der Minister (Sch) seine Rede mit

dem Hinweis darauf, daß die Kräfte auch weiterhin Beweise ihrer Mannhaftigkeit und Selbsterregung geben werde.

Die Sozialisten drängen in Rom, damit er sagt, wohin die Truppen von Ancona verlegt wurden. Es entstand ein ungeheurer Lärm, so daß der Präsident sich veranlaßt sah, die Sitzung aufzuheben. Nach Wiedereröffnung der Verhandlungen wiederholte Giolitti, daß die Regierung auf Albanien verzichte und nur die Unabhängigkeit Albanias wünsche. Ein sozialistischer Deputierter warf ein: „Salsus einbegreifen?“ Giolitti erwiderte: „In Valona wurden unsere Soldaten vom Feinde angegriffen und mußten sich verteidigen. Ich bin überzeugt, daß, wer auch an meiner Stelle stehen würde, keiner es zuträufelt, daß italienische Soldaten ermordet würden.“ (Beifall.)

Zwischen den Sozialisten und den Mitgliedern der Volkspartei kam es zu einem Zwischenfall, durch den die Sitzung nochmals eine Unterbrechung erlitt. Nach der zweiten Wiedereröffnung sprachen auch mehrere Deputierte über den Zwischenfall von Ancona, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Bei den in der Kammerdebatte erwähnten Zwischenfällen handelt es sich um Morderei und Gewalttätigkeiten, die bei Truppenställen des 11. Bersagliereregiment in Ancona zur Wiederherstellung der Ordnung herbeiziehenden Carabinieri vorgekommen sind.

Zum Präsidenten wählte die Kammer als Kandidat den Rechtsanwalt Domenico De Nicola, Donicola, der kaum 40-jährig im Jahre 1913 Abgeordneter wurde, hat bei der letzten Ministerkrisis den Eintritt in das Kabinett abgelehnt.

Reskung durch den Hunger.

Vor einigen Tagen hat das Reichsfinanzministerium einen Nachweis über die Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren für die Zeit vom 1. April 1919 bis Ende Januar 1920 veröffentlicht. Solche Nachweise sind vor dem Kriege regelmäßig gegeben worden, sie wurden während des Krieges auf Veranlassung der Heeresleitung unterlassen, jetzt ist mit ihnen wieder der Anfang gemacht worden. Insgesamt sind in den angegebenen zehn Monaten an Steuern und Zöllen 6 Milliarden Mark eingegangen. Nimmt man für die noch fehlenden zwei Monate die Eingänge aus dem Januar 1920 als Grundlage an, die 784 Millionen Mark betragen, so sind insgesamt etwa 7 1/2 Milliarden Mark an Steuern und Zöllen eingegangen. Der Voranschlag betrug 13,54 Milliarden, so daß ein Mindereinnahme von etwa 6 Milliarden Mark resultiert.

Im einzelnen verteilten sich die Eingänge auf folgende Steuerarten: es sind vereinnahmt worden an Zöllen 652 Millionen Mark; aus der Tabaksteuer 882,07 Millionen Mark; aus der Zuckersteuer 140,24 Millionen Mark; aus der Salzsteuer 51,4 Millionen Mark; aus der Branntweinverbrauchsabgabe 915 Millionen Mark; aus der Weinsteuer 311,37 Millionen Mark; aus der Biersteuer 116,89 Millionen Mark; aus der Kohlensteuer etwas über eine Milliarde. Die Reichsstempelabgabe erbrachte Einnahmen von 578 Millionen Mark, die Reichsabgabe von den Post- und Telegraphengebühren, die seit 1. Oktober 1919 wogegenfallen ist, 178 Millionen, die Wogabe vom Verkehr 103 Millionen Mark, die Umsatzsteuer 589 Millionen Mark. An indirekten Steuern, Zöllen und Wogaben sind also insgesamt etwa 4 1/2 Milliarden Mark eingenommen worden. An direkten Steuereinnahmen sind zu verzeichnen: Erbschaftsteuer 87 Millionen; Einkommensteuer 59 Millionen; außerordentliche Kriegsabgaben für 1919: Kriegsabgabe für 1919 22 Millionen; Kriegsabgabe für 1919 eine Million; Grunderwerbsteuer 21 Millionen Mark. An direkten Steuern sind insgesamt etwa 1 1/4 Milliarden Mark eingegangen.

Bemerkenswert bei diesen Einnahmen ist vor allem, daß die indirekten Steuern wesentlich mehr eingebracht haben, als im Voranschlag angenommen war; die direkten Steuereingänge sind dagegen hinter dem Voranschlag wesentlich zurückgeblieben. Der Voranschlag sah 9 1/2 Milliarden Einnahmen aus neuen Steuern vor; aus diesen ist noch recht wenig erzielt worden und hätten die indirekten Steuern nicht wesentlich mehr aufgebracht, so betrüge das Defizit weit mehr, als 6 Milliarden Mark.

Merkt man nun, aus welchem Grunde der Steuerabzug vom Lohn, vom Gehalt so schnell wie möglich durchgeführt werden soll? Die besitzenden Klassen, die für den Krieg verantwortlich sind und die deshalb auch für die Deckung der Kriegskosten zu sorgen hätten, haben sich bisher davon gedrückt, nun sollen die besitzenden Klassen herausgehoben werden!

In der rechtssozialistischen Presse ist jetzt ein bestiger Verteidigungsbeitrag für den Steuerabzug unternommen worden. Die Mitbeter dieser Maßnahme, die Herren Adolf Braun und Wilhelm Reil schreiben lange Artikel darüber, wie gerecht doch der Steuerabzug sei und daß es doch keine glücklichere Chance für den Arbeiter gäbe, eine Steuer los zu werden, als durch den zehnprozentigen Abzug vom Lohn. Herr Reil veröffentlicht am Sonntag einen längeren Artikel darüber im „Vorwärts“, den das Blatt vornehmlicher Weise in die Weisung abgedruckt hat, damit er keine allzu große Aufmerksamkeit finde. Hier wird auseinandergesetzt, daß eine geringere Belastung der Arbeiter nicht möglich sei, im Gegenteil, wir werden noch mehr Steuern bekommen und keine der bestehenden Steuern abschaffen können. Er wiederholt dabei noch die Phrasen von dem Volk- und Fabrikdirektor, der vom Steuerabzug genau so betroffen werde, wie der Arbeiter. Wir haben wiederholt schon demgegenüber darauf hingewiesen, daß es einen gewaltigen Unterschied ausmacht, ob ein Fabrikdirektor mit 500 000 Mark Einkommen, der daneben noch erhebliches Einkommen aus Kapitalvermögen hat, 10 Prozent seines Einkommens als Steuer im Voraus bezahlt, oder ob dem Arbeiter durch den Steuerabzug 10 Prozent von seinem Einkommen, das mehr unter dem Existenzminimum liegt, vorher genommen werden.

In einigen rechtssozialistischen Provinzialblättern ist man endlich zu der Einsicht gekommen, welches Ausmaß die Regierung gegen die milderbemittelte Bevölkerung mit diesem Steuerabzug die Nationalversammlung beschlossen hat. In einem Artikel „Steuerrevolte“, so-

Der Boykott gegen Ungarn.

Die Gewerkschaftsverhandlungen mit Ungarn.

Wien, 27. Juni.

Zu den Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Vertretern der ungarischen Regierung sind aus Anlaß des hier angekommenen für die englischen Gewerkschaften Appleton, der Sekretär des internationalen Gewerkschaftsbundes, und der Sekretär der österreichischen Gewerkschaften Sulzer, der vor einiger Zeit nach Anlaß des hier angekommenen für die Wiener ungarischen Gesandten Dr. Gray vertreten sein. Außerdem werden die Gewerkschaften der Tschecho-Slowakei und Jugoslawiens an den Beratungen teilnehmen.

Auf dem Wege zur Diktatur Horthy.

T.U. Budapest, 27. Juni.

Das Organ Horthys verlangt vermehrte Macht. Befugnisse für den Reichsverweser. Dieser sollte das Parlament auflösen und über den Generalsstab und die Armee als oberster Kriegsherr ohne verfassungsmäßige Einmischung verfügen können. Das sei besser, als eine Regierung mit beschließenden Parteivertretern.

Die ungarische Regierung, die heute geschäftstunenden gedenkt, hat ihren Gesandten in Wien, Dr. Gray, damit beauftragt, den Delegierten des internationalen Gewerkschaftsbundes Mitteilung zu machen, daß die Ungarn, mit denen der Gewerkschaftsbund in Verhandlung steht, den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen, und die Maßnahmen bekanntzugeben, die die ungarische Regierung schon vor dem Ausbruch des Boykotts zur Sicherung der Rechtsordnung in Ungarn getroffen hat. Besonders hervorzuheben gedenkt die ungarische Regierung nicht nach Wien zu senden.

In der Nationalversammlung teilte Justizminister Herbinandy mit, daß die Regierung gegen den Vizepräsidenten des Obersten Staatsrechnungshofs Dr. Stefan Straub die Einleitung einer Strafgerichts-Untersuchung wegen aufrichtigen Verhaltens während der Stole-arterie-Diktatur angeordnet habe. Straub sei verhaftet worden.

Die Kohlenarbeiter des Meiblers von Ostrau-Karmin erklärten sich für den Boykott gegen Ungarn und erließen das Inspektorial, die Versendung von Kohlen einzustellen.

In Ungarn geht inzwischen das Treiben der weißen Terroristen ungehindert weiter. Vor vierzehn Tagen erklärte der ungarische Ministerpräsident unter dem stürmischen Beifall des ganzen Hauses, die Regierung werde nunmehr mit energischen Maßnahmen die Rechtsordnung herstellen und zu diesem Zweck die Offiziersdetachements sowie den Verein der „Erwachenden Magyaren“ auflösen. Er fügte noch hinzu, daß das Detachement Géljas bereits aufgelöst sei. Welche Glaubwürdigkeit den Worten des ungarischen Ministerpräsidenten beizumessen ist, beweisen folgende Tatsachen: Ein einziges Detachement wurde aufgedeckt, der

Verein der Erwachenden Magyaren setzt seine agitatorische Tätigkeit in höherem Maße denn je fort, affiziert Plakate, in denen zum Pogrom aufgefordert wird, Géljas, der Massenmörder von Kerkomád und der Mörder so vieler ungarischer Städte, kann auch weiter ungehemmt die ungarische Nationalversammlung, die ungarische Regierung und die ungarische Bevölkerung in unerschütterlicher Weise in Wort und Schrift bedrohen. In den Tagen des verstärkten Standrechtes konnten Offiziere am helllichten Tage in den verkehrsreichsten Straßen der Hauptstadt Budapest das von uns schon erwähnte Flugblatt gegen die Regierung verbreiten.

Der Oberste Wirtschaftsrat und Krassin.

London, 27. Juni. (Gard.)

Der Ständige Ausschuss des Obersten Wirtschaftsrates trat gestern zu einer Sitzung zusammen, der auch Krassin und die Mitglieder der russischen Handelsdelegation beizuhnten. Der Ausschuss beschäftigte sich hauptsächlich mit den Antworten, die vorläufig auf die von Krassin gestellten Fragen gegeben werden sollen.

Abbruch der Verhandlungen?

H. N. London, 28. Juni.

Die russische Regierung hat Krassin verständigt, daß die englischen Forderungen nicht bewilligt und die englischen Firmen für den Schaden, den sie durch die Revolution erlitten haben, nicht entschädigt werden können. Ebenfalls könne das beschlagnahmte Eigentum zurückgegeben werden. Wenn die englische Regierung auf diesen Forderungen bestehe, solle Krassin die Verhandlungen abbrechen und nach Rußland zurückkehren.

Die russischen Reaktionen rühren sich.

Paris, 27. Juni.

Häkt Lwow, Tschalkowski und Katiatow haben im Namen der russischen politischen Delegation in Paris dem Reichskriegsrat eine Note zugehen lassen, in der sie dagegen Einspruch erheben, daß die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu der Bevölkerung Rußlands, der sie zustimmen, etwa dazu benutzt werden könnte, die Sowjetmacht anzuerkennen. Durch eine derartige Politik werde man nur die verurteilende Propaganda in denjenigen Ländern fördern, die den Männern die Hand reichen, die gegen den Willen des Volkes Rußland dem Untergang entgegenführen.

Ein Interimskabinett in Portugal. Das neue Kabinett setzt sich aus fünf Demokraten, zwei Mitgliedern der Volkspartei, drei Unabhängigen und einem Sozialisten zusammen. Ministerpräsident Antonio Maria Silva wird das Finanzministerium beibehalten. Minister des Innern ist Francisco Antonio Correia.

schneidet von N. N. im „Ossenbacher Abendblatt“ finden wir folgende Darlegung:

Der Kindererwerb, der weniger als zehn Prozent oder gar nichts zu zahlen hat, muß befreit werden, die vollen zehn Prozent im voraus entrichten. Ihm wird genau so viel abgezogen wie dem, der mehr, viel mehr als 10 Prozent Steuern zu zahlen hat. Der Herr Professor beispielsweise, mit, sage, wir, einem Einkommen von 20 000 Mark, hat 8440 Mark Steuer zu entrichten, aber sein Lohnabzug beträgt nur 2000 M., 1440 M. überläßt ihm darnach der Staat zur freien Verfügung und zum Zinsgenuss. Der Herr Kaufmann, der 50 000 M. verdient, muß 13 000 M. Steuer entrichten, aber sein Lohnabzug beträgt nur 5000 M.; 8000 M. überläßt ihm der Staat zur freien Verfügung und zum Zinsgenuss. Also wird dem kleinen und kleinsten Verdienner, obwohl er nach Recht und Gesetz weniger oder gar nichts zu versteuern hat, Zahltag auf Zahltag ein Behältnis des Lohnes weggenommen, während dem großen und größten Verdienner, dem Professore, Fabrikleitern, Bankdirektoren, Ministern, obwohl sie bedeutend mehr zu versteuern haben, auch bloß ein Behältnis weggenommen wird. Man mag das nennen wie man will, aber ungleiche Steuergerechtigkeit sicher nicht. Zwangsanleihe in Milliardenhöhe bei den Armen und Vermögern wäre passlicher. (Im Original fettgedruckt.)

Die eigentümliche Veranordnung unserer ausbleibenden Gerechtigkeit zeigt sich aber noch von einer anderen Seite. Ausgetrennt bei den Lohnarbeitenden Steuerkern ist mit dem Zwang, die Steuern im voraus zu bezahlen, begonnen worden, während die selbständigen Steuerzahler, die Kaufleute, Roberkanten, Grundbesitzer und dergleichen diesen Zwang nicht kennen. Leute, die gutenteils an unserem entsetzlichen Elend mit schuldig sind, geruht auch jetzt noch der Gesetzgeber nachlässig zu behandeln. Wie leicht ließe sich nicht auch bei diesen die Höhe einer im Voraus zu zahlenden Summe festsetzen. Der Gesetzgeber wird doch wohl nicht annehmen wollen, der 1000-Mark-Mann könne ein Behältnis seines Lohnes leichter entbehren als der Millionär?

Damit sind die Ungerechtigkeiten der neuen Steuer-gesetzgebung zwar noch nicht alle genannt. Aber sie werden genügen, um zu verstehen, da über sie die Vergeistigung bei der Arbeiterpartei nicht sonderlich groß sein kann.

Sie lassen Verständnis für die Revolte der Arbeiterpartei gegen den Steuerabzug keimen. Und sie helfen das Verlangen nach schmerzhafter Befreiung dieser Ungerechtigkeiten an den Rohrentnehmer stellen. Die Forderung muß zum ersten entscheidend werden, daß sie vom Reiches-fragelassen keinen Einkommen nicht noch von den Gewerkschaften besteuert werden; zum zweiten muß sie die im voraus zu entrichtende Steuersumme beim kleinen Verdienner nicht höher, sondern niedriger als beim Großverdienner festsetzen; zum dritten und besonders muß der feststehenden Klasse der gleiche Zwang der Vorauszahlung auferlegt werden. Das sind nichts als elementare Bedingungen einer ausgleichenden Gerechtigkeit. Mit ihrer Erfüllung wird einer der starken Anlässe zur Steuerrevolte der Arbeiterpartei beseitigt.

Diese Ausführungen bedeuten die schärfste Verurteilung der rechtssozialistischen Steuerpolitik. Sie bestätigen das, was die Unabhängige Sozialdemokratie von ihr gesagt hat. Wird der „Vorwärts“ den Mut aufbringen, auch diese Darlegungen seinen Lesern zu unterbreiten?

Bisher hat er ebenso wie fast die gesamte übrige rechtssozialistische Presse in Gemeindefast mit den kapitalistischen Blättern den Arbeitern erzählt, wie allmählich sie durch die neue Steuer-gesetzgebung gestellt seien und daß es nicht möglich sei, aus den bestehenden Kreisen noch mehr als bisher herauszuwickeln. Die Rodewitz des Reichsfinanzministeriums gerichtet diese Trugschlüsse; sie zeigen, daß die besitzenden Klassen es bisher verstanden haben, sich der Deckung der Kriegskosten zu entziehen. Sie zeigen weiter, daß die Steuer-gesetzgebung der Rationalisierung alles andere als eine steuerliche Gerechtigkeit darstellt.

Schon früher ist selbst von bürgerlicher Seite gezeigt worden, in welcher Weise die Besitzer großer Vermögen

und die Bezahler hoher Einkommen von der Steuer-gesetzgebung verschont worden sind. So hat beispielsweise auf dem demokratischen Parteitag in Leipzig im Dezember 1919 der Referent über die Wirtschaftspragen, der Abgeordnete Dr. Raschig, ausgeführt, daß das Reichsnotopfer, das den Besitz angeblich so stark belasten soll, ihn in Wirklichkeit außerordentlich milde ansieht. Nur 6 Prozent des Besitzes sind als Notopfer abzuführen, und diese noch verteilt über dreißig Jahre. N. der „Vossischen Zeitung“ vom 9. Mai 1920 befahte sich Georg Bernhardt mit der Frage, wie es möglich sei, daß trotz der angeblich so hohen Besteuerung der großen Vermögen und Einkommen es möglich gewesen sei, daß Einkommen, ebenso wie zahlreiche andere Großkapitalisten ungeheure Summen in neuen Unternehmungen können. Habe nicht Herr Erberger mit dem Gesetz über die Kriegskassa vom Vermögenszuwachs köhnlich die Kapitalisten Deutschlands in die Schranken geordert? Die Lösung des Rätsels sei aber sehr einfach: Die Steuer-gesetze der deutschen Republik stehen lediglich auf dem Papier.

Auf dem Papier stehen allerdings die Steuer-gesetze, die sich gegen die minderbemittelte Bevölkerung richten. Die indirekten Steuern, Abgaben und Abgaben haben beträchtlich mehr eingebracht als für sie veranschlagt worden ist, und jetzt soll der Steuerabzug das übrige tun, damit das, was bei den besitzenden Klassen verblieben ist, von den nichtbesitzenden herausgeholt werde. Der Staat, der von den kapitalistischen Kreisen in den Abgrund getrieben worden ist, soll durch den Hunger gerettet werden. Dazu kann eine Arbeiterpartei ihre Hand nicht bieten. Wir verlangen, daß die steuerliche Gerechtigkeit nicht bei der minderbemittelten Bevölkerung beginnt, sondern, daß mit ihr bei den leistungsfähigen Kreisen der Anfang gemacht wird. Die Besteuerung an der Quelle ist ein lobenswertes Prinzip, aber es muß zuerst durchgeführt werden dort, wo diese Quelle am erträglichsten fließt. Solange das nicht geschieht, bleibt der Steuerabzug vom Lohn und Gehalt ein Ausnahmegericht gegen die minderbemittelte Bevölkerung.

Die heutige Sitzung des Reichstages.

Die heutige Sitzung des Reichstages, die bereits um 11 Uhr beginnt, wird eingeleitet durch die programmatische Erklärung die der Reichskanzler Federbach für die Regierung abgeben will. Der Wortlaut dieser Erklärung ist in der ersten Sitzung des Kabinetts am Sonnabend festgestellt worden.

In einer zweiten Sitzung, die in den frühen Nachmittagsstunden beginnen wird, werden die Redner der einzelnen Parteien zu Worte kommen. Für die Rechtssozialisten spricht Scheidemann, für die Unabhängigen der Genosse Ledebour. Die übrigen Parteien dürften erst am Mittwoch zu Wort kommen, da am Dienstag wegen eines katholischen Feiertages keine Sitzung angelegt ist.

Ausnahmestanz in Hamburg.

Die Lebensmittelstrukturen in Hamburg haben am Sonnabend zu Zusammenstößen mit der Sicherheitswehr geführt, bei denen es 2 Tote und 80 Verwundete gab. Die Hamburgische Regierung hat deshalb den Ausnahmestanz über Hamburg erklärt und die vollziehende Gewalt in die Hände des Senators Henke gelegt, der gleichzeitig zum Regierungskommissar ernannt wurde. Am Sonntag haben keine weiteren Zusammenstöße stattgefunden.

Die Verhängung des Ausnahmestanzes ist ungesetzlich, der Ausnahmestanz kann nach der Verfassung nur durch den Reichspräsidenten angeordnet werden. Im übrigen sollte die Hamburgische Regierung ihre Energie auch in erster Linie gegen diejenigen richten, die die Bevölkerung durch den Lebensmittelmangel aufs härteste eregen und dadurch Schuld an den Unruhen tragen.

eigenen Klagengeheuen den Spiegel vorhält. Die grenzenlose Enttäuschung, als bei Kriegsbeginn das Band der sozialistischen Internationale zerriss, und der brennende Wunsch, den Gedanken der Menschheitsverbrüderung im Proletariat auszuheben zu entschließen, bestellte unseren Genossen Emil Gallup, als er seine vierköpfige Tragikomödie „Die Internationale“ schrieb, die am Sonntag nachmittags im Walthalla-Theater zur ersten Aufführung gelangte. Die meist proletarischen Zuschauer, die der Handlung mit bewegter Anteilnahme folgten, waren nicht zu einem „literarischen Ereignis“ gekommen, sondern erfreulich fern jeder „ästhetischen“ Kritik ließen sie sich von den grellen Wirklichkeitsbildern dieser dramatischen Zeitgeschichte politisch und menschlich packen. In allgemein natürlicher Sprache, in lebendiger, oft auch ironisch und tendenziös gefärbter Besetzung gleichen die Vorgänge vom Kriegsbeginn an und vorüber mitsamt der nationalistischen Verbeugung und dem patriotischen Hinfall, wie er sich bis in die Reihen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und in die „Zahlwende“ vollzog (wobei auch für den Verfasser um der historischen Wahrheit willen angemerkt sei, daß bei der Wahl zum Reichstag am 4. August 1918 nicht Liebknecht, sondern Lunetzki der Einzige die Kriegskreditbewilligung nicht mitmachte). Der bewußte und unbewußte Verrat der rechtssozialistischen Führer und Verführer sowie der militärisch und diplomatisch klug beförderten Genossen, das Treiben vieler Offiziere und Mannschaften in Feld und Camp wird in unerbittlicher Klarheit vorgeführt. Manche allzu theatralische oder ungeschickliche Szenen nebst den überflüssigen französischen Wodn- und platten Paraden besonders im 4. Akt ließen sich leicht ausmerzen. Mutterwitz und schlaftrübe Beobachtung menschlicher Schwächen im Komischen wie im Tragischen kommen dem Verfasser bei seiner Tragikomödie zugute.

Solche den Krieg und die Kriegsschrecken schonungslos anprangernden Stücke sollen die Arbeiter auch für die Fehler in den eigenen Reihen sehen und für eine wahrhaft sozialistische Haltung in Zukunft taubereit machen. Der Glaube an die trotz allem herrliche Kraft der Internationale lebt unzerstörbar auch in dem Helden des Stückes, dem Grenadier Klein, den Hans Hansen mit der ganzen Stärke innerer Überzeugung hinreißend durchdringt. Den bis zum Letzten und zum völligen Bewußtseinsverrat avancierten Genossen Großius spielte Fritz Staudte mit klarer Haltung und Charakteristik, aber nicht intellektuell im Zeit. Als fähigster Reservemann und als bisheriger Landsturmmann, der es schuldig hinter den Ohren hat, holt er vor Durr und Paul Haze außerordentlich wichtige Aussagen.

Herr Gehler will 200 000 Mann.

Reichswehrminister Gehler erklärte dem Vertreter der „Matin“ Jules Sauerwein, das deutsche Volk könne sich nicht wieder erheben und seine Verpflichtungen erfüllen, wenn es nicht den inneren Frieden sicherstellen könne. Deshalb sei es unbedingt notwendig, ein Heer von 200 000 Mann zu unterhalten. Die Erfahrungen der letzten 18 Monate hätten den Beweis geliefert, daß 100 000 Mann nicht genügen. Zur Bekämpfung der Unruhen im März 1919 seien 46 000 Mann notwendig gewesen, zur Niederschlagung der Arbeiterrevolte in München im April 1919 33 000 Mann, zur Bekämpfung der Unruhen in Hamburg im Juli 1919 10 000 Mann und im letzten Frühjahr seien im Ruhrgebiet 40 000 Mann täglich gewesen. Mit 100 000 Mann müsse man große Teile deutschen Gebietes ohne Schutz lassen. Auch die Entlassung von 50 000 oder 100 000 Soldaten bedeute eine Gefahr, da die Entlassenen meistens zu extremen Parteien übergingen. Ohne ein Heer, das fähig sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten, sei die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaus illusorisch.

Reichswehrminister Gehler betonte übrigens noch, daß nicht nur Lord George und Churchill, sondern auch kompromittierte Franzosen die Anstrengungen anerkannt hätten, die Deutschland mache, um zu einer Entlassung zu gelangen. Er habe die Überzeugung, daß man noch gewissenhafter Prüfung der Lage Deutschlands nicht mehr eines solchen Willens brächtigens werde.

Es ist das charakteristischste Kennzeichen für den deutschen bürgerlichen Politiker, daß Ruhe und Ordnung für ihn nicht denkbar sind ohne starke militärische Macht. Dabei ist es für jeden ernstlichen Politiker klar, daß die gewaltsame militärische Niederschlagung politischer Erhebungen auch nicht im entferntesten Ruhe und Ordnung verhüten. Alle „militärischen“ Siege der Konterrevolution, die Gehler aufzählt, haben nicht jenen Zustand der Gesetzmäßigkeit und Stabilität des inneren Staatslebens geschaffen, die allein eine ruhige Entwicklung ermöglichen. Dem staatsmännlichen Weltbild des Herrn Gehler entgegen die viel bedeutungsvolleren Faktoren, deren Erfüllung dem Volk freudige Befreiung am Aufbau und Ausbau des Staates gibt. Das sind in erster Linie die wirtschaftlichen und politischen Rechte, die die arbeitende Bevölkerung aus dem Objekt zum Subjekt der Gesetzgebung machen. Das ist die Mitbestimmung und das Kontrollrecht bei der Erzeugung und Verteilung der Produktion, das ist die bis zum höchsten Grade freie Betätigung jeder, auch der extremsten politischen Richtung.

Das sind nur einige wenige der wichtigsten Voraussetzungen für die innere Ruhe und Ordnung. Sie verlangen freilich das Bekenntnis und den Willen zum Sozialismus. Herr Gehler kommt nicht über das geistige Vermögen des Durchschnittsdeutschen hinaus, der total im militärischen Gedankenengängen befangen ist. Wenn Herr Gehler außerdem noch glaubt, daß nur die Befreiung der Reichswehr auf 200 000 Mann die Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Wiederaufbaus ermöglichen, so ist das vollends lächerlich. In Frankreich werden sich übrigens kaum durch diesen liebenswürdigen Wink von ihrer Absicht abbringen lassen, denn gerade die militärischen Kreise Deutschlands sind es, die keine Verpflichtung zum Wiederaufbau anerkennen und die Verwüstungen in Nordfrankreich und Belgien rechtfertigen.

Wenn Herr Gehler keine durchschlagenderen Gründe für seine 200 000 Mann hat, so ist die Herabsetzung auf 100 000 Mann doppelt nötig. Der innere Frieden Deutschlands wird dadurch nicht nur nicht beeinträchtigt, sondern ganz wesentlich gefördert werden.

Arbeitsminister Brauns.

Die vor einigen Tagen angekündigte Ernennung des Betriebsratschordneuers Dr. Brauns zum Reichsarbeitsminister ist nunmehr amtlich vollzogen worden. Brauns ist seit 1900 Direktor der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in München-Bladbach und ist als Vertreter München-Blad-

Der Kriegsgejangene.

Im fernen Land —
Am Stadeldroht,
Der Gefangne starrt
Und sucht den Verrat:
Wer hat uns das getan?

In jeder Fabrik —
Bei allem Gepoch,
Bei Hammer und Klang
Läng Stunden ein Sang:
Wer hat uns das getan?

Im weiten Feld —
Wand' Hügel ragt,
Wand' Araz von Holz
Den Wand' rer fragt:
Wer hat uns das getan?

So raunt es leif
Von Wand zu Wand,
Es dröhnt und schallt
Von Stund zu Stund:
Wer hat uns das getan?

Der Menschheit Hier
Nach Gold und Glanz —
Dazu das Lied
Vom „Siegerkrang“:
Die haben das getan!

Woywod.

„Die Internationale.“

Aufführung im Walthalltheater.

Es werden sich die Stücke, in denen die noch in uns allen nachglühenden Art-ererbisse der Bühne nutzbar gemacht werden. Erst jüngst sah man im Walthalltheater die „Offiziere“ vorübergleiten. Die tiefsten Schuren hinterließ freilich Kellers „Wandlung“. Im Walthalltheater Theater hatte kaum minder starke Wirkung die „Gerechtigkeit“ von Arno. Es wäre verfehlt, derartige Arbeiten lediglich als literarische Kunstwerke zu bewerten. Es sind Gesinnungs-dramen, politische Manifeste, Aufstellungen, Behauptungen.

Es erregt mich aber, wenn ein Arbeiter seinen

gen. Bei dem sehr lebhaften Beifall, den das Stück und die Aufführung (unter der Spielleitung von Walter Grödenich) gefern fanden, wird es an agitatorisch wirksamen Wiederholungen wohl nicht fehlen.

Im Deutschen Overhaus ist Offenbach vor etwa 50 Jahren entstanden und in Berlin lange nicht mehr gegebene „Trin-gessin von Trapezunt“ aus dem Hochfigurenkabinett wieder zu festlichem Leben erweckt. Offenbachs gaulische Parodie der „großen Oper“, seine reichlich runden musikalischen und operettenhaften Einfälle geben dem Werke auch heute noch volles Bühnenrecht. Die Aufführung kam allmählich in Schwung, die Ausstattung (aus der Arbeiterwerkstätte des Hauses) befriedigte durchaus und das Publikum erwärmte sich zusehends bis zu Beifallsstürmen am Schluß. Unter der ersten musikalischen Leitung des Kapellmeisters Ranher taten sich besonders die Damen Ubr. Hinf. Wolf und Sebold sowie die Herren Steber, Raudl und Witsch hervor, womit freilich nicht alle Möglichkeiten für wirksamste Gesamterarbeitung des anmutigen und doch so gar nicht zimperlichen Wertes erschöpft waren.

Ainstückliche. Am gestrigen Sonntag vormittag veranstaltete der Verein der Bildschildebelehler Gehl-Perlin und Provinz Brandenburg G. in Gemeinschaft mit den Arbeitnehmern und Arbeitgeberverbänden der gesamten Filmdindustrie, der Deutschen Filmliga und der Filmbildarbeiter im Walthall, der Erndnis eine Protestversammlung, welche sich in der Hauptsache gegen die Ausschließung der Kinobesucher vor vollendetem 18. Lebensjahre sowie gegen die Höhe der Lustbarkeitssteuer richtete. Es sprachen u. a. Dr. Wenzel Goldbaum, der Erndnis der Filmdirektoren. Er sprach insbesondere den Gedanken aus, daß der Film in den letzten Jahrzehnten die einzige Rettung des gelittenen Arbeiters bedeute. Dramen und Romane können heute nur noch derjenige schreiben, der große Mittel hinter sich habe. Das Lichtspielgeheul sei ein rohes dilettantisches Nachwerk der Nationalversammlung und durchaus reaktionär. Namens des Deutschen Arbeiterverbandes erklärte Woffling, daß die Gewerkschaft sich geschlossen hinter die Forderung der Kinobesucher stelle. Der bekannte Schauspieler und Kinoreformator Paul Wegener erklärte, der Siegerlauf des Kinos werde durch keine unerbittliche Bewegung aufgehoben werden können. Der Herr sprach noch Dr. Pauli von der Filmliga und Direktor Wachenholz von der Kinematographischen Studiengesellschaft. Im Sinne der Ausschließung der Kinder wurde von der Versammlung ein Antrag auf eine Registrierrevision angenommen.

höher Ideen mit diesen Schriftstücken sozialpolitischen und wirtschaftlichen Inhalts hervorgehoben. Er gehört zu den eifrigsten Förderern der christlichen Gewerkschaftsbewegung, über die er 1908 eine grundlegende Schrift veröffentlicht hat.

Die Freude über Noske.

Während die „Berliner Volkszeitung“ die Ernennung Noskes zum Oberpräsidenten von Hannover als eine „Porzellanladendepotistik“ bezeichnet, wie sie kahlmüher nicht gedacht werden kann, jubelt der „Vorwärts“:

„So sehr wir die Verdämnisse des Gen. Noske als Reichswehrminister zu tadeln gezwungen waren, so sehr freuen wir uns, daß seiner ungewissenhaft großen Befähigung an anderer Stelle Gelegenheit gegeben wird, sich zu betätigen.“

Ja, ja, nach den Wahlen kann man sich dieses Bekenntnis zu Noske schon wieder erlauben.

Kein Unabhängiger in Moskau.

Die „Frankfurter Zeitung“ bringt die Meldung, daß bei der Vorbereitenden Konferenz des geschäftsführenden Ausschusses der kommunistischen Internationale in Moskau neben Vertretern anderer Länder Cadin und Prossard als Vertreter Frankreichs wahlberechtigt gewesen seien, außerdem ein Vertreter des linken Flügels der deutschen Unabhängigen.

Bekanntlich waren Cadin und Prossard zwecks Unterhandlungen über den Anschluß ihrer Partei an die dritte Internationale in Moskau, dagegen sind Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratische Deutschlands noch nicht in Moskau. Es gibt infolgedessen auch keinen Vertreter des „linken“ Flügels, der an den Sitzungen hätte teilnehmen können.

Die Meldung könnte sich höchstens darauf beziehen, daß H. H. Helm Herzog jetzt in Moskau sein Domizil aufgeschlagen hat. Sollte er sich wirklich als Vertreter des linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratische Deutschlands bezeichnen haben, so hätte er das ohne jede Berechtigung getan. Denn wir haben Grund zu der Annahme, daß das „linke“ Mitglied, das Herzog in unserer Partei gegeben hat, ein für allemal zu Ende ist. Herzog ist kein Vertreter unserer Partei, denn es ist bekannt, daß das Zentralkomitee die Hamburger Parteiverammlung aufgefördert hat, Herzog von der Reichstagskandidatenliste zu streichen, und daß Herzog nach Eintreffen dieses Briefes in Hamburg schließlich verabschiedet ist, um weiteren für ihn unangenehmen Auseinandersetzungen aus dem Wege zu gehen.

Codifizierungen.

Die reaktionäre Presse bringt zahlreiche Mitteilungen über Entschloßbarkeiten der Arbeiter, die denkwürdigen Stempel der Lage tragen. Es ist aber mehr als zu irgend einer anderen Zeit gegenwärtig die Absicht der Reaktionäre, die Arbeiterkraft zu unbefangenen Handlungen zu veranlassen. Es herrscht hierin Schmerz, daß die Lebensmittelpreise ihnen bisher noch nicht die Gelegenheit gegeben haben zu einem Eingreifen der militärischen Macht in größerem Umfang.

Alle Arbeiter, denen die Sache des revolutionären Sozialismus am Herzen liegt, haben deshalb Veranlassung, diese Absichten der Reaktionäre zu durchkreuzen. Es darf ihnen kein Vorwand gegeben werden, einen neuen Feldzug gegen die Arbeiterkraft einzuleiten und es müssen ihnen auch die Schlußgründe gemeldet werden, die sie benützen wollen, um die Verminderung der Reichswehr zu verhindern.

Arbeiter, Parteigenossen, laßt Euch das Maß nicht propäzieren.

Die ursprünglichen Friedensbedingungen.

Paris, 26. Juni.

M. T. H. Meibelt: In der gestrigen Kammerdebatte erklärte Abgeordneter Tardieu, daß zu Beginn der Friedensverhandlungen im Januar 1919 als Friedensbedingungen für Deutschland hätten aufgestellt werden sollen: Sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund; keine interalliierte Besetzung der Rheinlande, höchstens eine französische Besetzung für die Dauer von 15 Monaten; die Kohlengruben im Saarbecken sollten nicht in den Besitz Frankreichs übergehen, auch die Bevölkerung im Saargebiet sollte keinem besonderen Regime unterworfen werden; Deutschland sollte nur 40 Prozent aller Schäden an Menschen und Gütern zahlen; nach 30 Jahren sollte es frei von allen Lasten sein, außerdem sollte ihm die Vereinfachung zugesprochen werden, die Hälfte der Entschädigungssumme in Papier zu zahlen; Oesterreich sollte frei darüber beschließen können, ob es sich mit Deutschland vereinigen wolle. Das alles habe Clemenceau verhindert.

Aus dieser Meldung geht nicht hervor, wer diese Friedensbedingungen damals aufgestellt hat. Daß Clemenceau allein imstande gewesen sein sollte, ihre Durchführung zu verhindern, erscheint nicht recht glaubhaft, vielmehr muß man annehmen, daß die imperialistischen Kreise der Entente in ihrer Gesamtheit die Verschärfung der Friedensbedingungen durchgesetzt haben. Sicher ist aber das eine: die nationallistischen Kriegshelden in Deutschland, die das Gemebel bis zum bitteren Ende durchzuführen wollten, tragen die volle Verantwortung dafür, daß der Widerstand der nationallistischen Kreise auf der anderen Seite auf das äußerste angesetzt wurde, und daß es dadurch zu den außerordentlich harten Friedensbedingungen gekommen ist, die Deutschland auferlegt worden sind, und unter denen jetzt das ganze deutsche Volk zu leiden hat.

Der türkische Einspruch.

Paris, 27. Juni.

Die türkische Friedensdelegation hat gestern nachmittag der Friedenskonferenz ein längeres Memorandum überreicht. Die eigentliche Antwort der Türkei wird in einigen Tagen übergeben werden.

Wie der Londoner Vertreter des „Times“ berichtet, wird die Antwort der türkischen Regierung auf die Friedensvorschläge folgende Hauptpunkte enthalten:

1. Die Türkei verlangt, Ägypten und Smyrna an Griechenland abzutreten, und verlangt, daß die türkisch-griechische Grenze so bleibe, wie sie 1913 war. 2. Die Türkei erkennt die Unabhängigkeit Armeniens an und will ihm einen Teil der Provinzen Van, Diarbek und Erzerum abtreten, verlangt aber dafür Entschädigung. 3. Die Türkei erkennt die Neutralität von Mesopotamien an und stimmt den Mandaten in Syrien und Mesopotamien zu, verlangt aber, daß türkische Delegierte mit gleichen Rechten in die Verwaltungskommissionen aufgenommen werden. 4. Endlich nimmt die Türkei im Grundgesetz die internationale Kontrolle über die Meerengen an, verlangt aber in der Kontrollkommission sich und Stimme. Die türkische Friedensdelegation wird die Antwort auf die finanziellen und militärischen Klauseln erst später übermitteln, da am 3. Juni bereits nur ein Teil der Bemerkungen zum Friedensvertragsentwurf von Konstantinopel nach Versailles abgegangen ist.

333 46 633 109

Schwere Verluste der Nationalisten.

Konstantinopel, 27. Juni. (Havas.)

Angeichts des Vormarsches der griechischen Truppen in der Gegend von Smyrna wagt die türkische Presse kein Wort daraus, daß die Lage sehr ernst werde. Die aus der Gegend von Smyrna eingetroffenen Berichte legen dar, daß die Nationalisten, die schwere Verluste erlitten haben, sich zurückziehen und daß General Ali Pascha den Oberbefehl verlassen habe.

Die französischen Grubenarbeiter und der Eisenbahnerstreik.

H. N. Paris, 28. Juni.

Der Nationalkongreß der französischen Grubenarbeiter hat in einer Entschließung die Haltung der Confédération Generale du Travail während des Generalstreikes gutgeheißen und bedauert, daß die Eisenbahner einen Streik unternommen haben, ohne vorher die Confédération davon in Kenntnis zu setzen oder ihre Genehmigung einzuholen, wie es auf dem Nationalkongreß beschlossen wurde. Der Kongreß war der Ansicht, daß die Wiedereinstellung eines derartigen Streikes, ohne daß die Gewerkschaften vorher in Kenntnis gesetzt und zwei Drittel von ihnen sich für den Streik erklärt haben, unmöglich sein müsse.

Außerordentlicher Richtertag. Der Bund Deutscher Richtervereine (St. Dresden) beruft für Sonntag, den 4. Juli 1920, nach Dresden einen außerordentlichen Richtertag ein. Die Tagung wird sich mit wichtigen Fragen der Richterschaft befassen.

Irland auf dem Wege zur Selbständigkeit. Der jüngst gewählte Grafschaftsrat von Limerick ist zum ersten Mal zusammengetreten und hat dem republikanischen Programm als der gleichmäßigen Regierung Treue gelobt. Abschriften dieses Beschlusses sollen allen auswärtigen Regierungen zugestellt werden.

Gewerkschaftliches.

Drohende Aussperrung im Kraftwerk Zschornwitz.

Am Freitag, den 26. Juni, nachmittags 3 Uhr 30 Min., ist die gesamte Angestelltenchaft der Elektro-Werke A.-G. in Zschornwitz sowie der Grube Wolpa in den Streik getreten. Die Ursachen zum Streik sind folgende:

Durch das Einrücken der Technischen Hilfskräfte während des Rapp-Streikes war das Werk durch diese in einen geradezu trostlosen Zustand versetzt worden. Die Direktion kümmerte sich wenig um das Werk und überließ es der Angestellten- und Arbeiterchaft, daselbe wieder zur vollen Leistungsfähigkeit emporzubringen. Die Arbeiter und Angestellten haben nun ihr Möglichstes, um dieses Ziel zu erreichen und konnten das Werk auf eine Leistung bringen, wie sie seit Bestehen des Werkes noch nie zu vergleichen war. Für alles das war der Dank der Direktion nur der, daß, als die Arbeiter und Angestellten eine Leistungsprämie sich ausbaten, eine glatte Ablehnung erfolgte, so daß sich z. B. die Grubenarbeiter der Grube Wolpa diese Prämie erst durch einen Streik erzwingen mußten. Den Angestellten schlug man ohne weiteres die Beteiligung an dieser Prämienverteilung ab, obwohl sie doch ebenso an den Leistungen des Werkes beteiligt sind. Die Generaldirektion, mit der am Sonnabend, den 26. Juni, die letzte Verhandlung gepflogen wurde, lehnte die Forderung wiederum ab und drohte, falls die Angestellten die Arbeit nicht umgehend wieder aufnehmen würden, die Arbeiter und Angestellten zu entlassen. Da die Arbeiter sich mit den Angestellten solidarisch erklärten und passive Resistenz ausübten, um die Angestellten in ihrer Forderung zu unterstützen, erblühte die Direktion in diesem Verhalten der Arbeiter einen Streik. Die Direktion stellt sich auf den Standpunkt, die technischen Angestellten die Prämie bewilligen zu können, für die kaufmännischen Angestellten sei dies aber ausgeschlossen, da diese nicht an der Produktion beteiligt wären. Die Angestellten behaupten, und das dürfte zutreffend sein, daß, falls ein Werk keine kaufmännischen Angestellten beschäftigen würde, auch das Bestehen eines Werkes in Frage gestellt sei. In den protokollierten Erläuterungen zu dem Tarifvertrage gibt der Arbeitgeberverband zu, daß Leistungsprämie den Beamten gezahlt werden können. Die Direktion erklärt, daß die Beamten ungeschädigt behandelt haben, da sie das Schiedsgericht nicht angerufen hätten und begründet diesen Streik als einen „widern“.

Durch die Drohung, die Arbeiter und Angestellten zu entlassen, würde ein völliger Stillstand des Werkes eintreten und dadurch laufende von Arbeitern und Angestellten (z. B. in Berlin und Rummelsburg) brot- und existenzlos machen.

Dem Zentralverband der Angestellten erhalten wir folgende Auskunft: Der mit so hochgepannter Erwartung ersehene Tarifvertrag für die Lohnangehörigen bei den Reichs- und Staatsbetrieben hat in der Kollegenchaft eine richtige Enttäuschung ausgelöst. Nicht nur, daß eine wesentliche Aufbesserung für die meisten ausgedehnte Zahl der Angestellten durch diesen Tarifvertrag ausgeblieben ist, muß eine große Anzahl noch einen im April empfangenen Vorschuß zurückzahlen. Die Enttäuschung über die Form, wie die Revisorvertreter mit den Beauftragten der Gewerkschaften verhandelt haben, kam in einer Versammlung der Angestelltenkreise der Reichs- und Staatsbetriebe einmütig zum Ausdruck. Um den Verhandlern bei der bevorstehenden Beratung über den Tarifvertrag den nötigen Rückhalt zu geben, wurde beschlossen, einen reformatmässigen Zusammenschluß der Angestelltenkreise herbeizuführen, die als Beauftragte der beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen an der Verbesserung der bestehenden Verhältnisse mitzuwirken haben. Es kam weiter zum Ausdruck, daß der schlechte Tarifvertrag zum größten Teil darauf zurückzuführen ist, daß der gewerkschaftliche Zusammenschluß in den Betrieben sehr viel zu wünschen übrig läßt. Günstigere Bedingungen können in Zukunft nur erreicht werden, wenn die Kollegenchaft geschlossen in die Reihen der freien Gewerkschaft eintritt. Es wurde beschlossen, eine Vollversammlung aller Angestellten der Reichs- und Staatsbetriebe zu Donnerstag, den 4. Juli nach dem Lustgarten einzuberufen, um in einmütiger Protestkundgebung den Reformatbestreben wie den neuen Reichsministerialern den Willen der Angestelltenchaft zur Kenntnis zu bringen, daß so schnell wie möglich Schritte unternommen werden, die bestehende Lage zu mildern.

Groß-Berlin.

Massenversammlung der Kriegsoffiziere.

Der internationale Bund der Kriegsoffiziere hielt Sonntag vormittag eine öffentliche Versammlung in der „Neuen Welt“ ab, die sehr stark besucht war. Zwei Delegierte des Bundes aus Paris, die in der Versammlung sprechen sollten, teilten in einem herzlichen Begrüßungstelegramm mit, daß sie nicht über die Grenze gelassen werden. Karl Liedt sagte als Referent, es scheint, daß irgend eine deutsche tollpatschige Polizeimacht die ersten Sorten haben, die sich über die Grenzen der feindlichen Länder spinnen, durchzieht. Die Kriegsoffiziere aller Länder haben in unserem Bund eine internationale Verbindung zur wirtschaftlichen Sicherstellung und zur Verhütung künftiger Kriege geschlossen. Gleich nach Beendigung des Krieges haben wir Millionen Soldaten aus den feindlichen Ländern zur Verbrüderung zusammengeführt. Die kapitalistischen Regierungen haben die Soldaten mit dem Versprechen beruhigt, aber die Gelobung ist uns, daß wir innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung eine genügende Versorgung nicht erreichen werden. Auch das Siebelungsproblem kann nicht gelöst werden ohne Sozialisierung. Der Krieg ist eine notwendige Konsequenz der kapitalistischen Gesellschaft. Wer sich gegen den Krieg wendet, muß den Kapitalismus bekämpfen. Unser Kampf kann nur geführt werden in Übereinstimmung mit den Arbeitern und Sozialisten aller Länder.

Genosse W. Carl, Frankfurt, wick auf die Gefahr der Reformarbeit hin. Es kann nicht das Ziel der Bewegung sein, durch gesonderte Aktionen das wertvolle Bürgergeld vom Staat zu erhalten, wir müssen uns einhalten auf die Zusammenarbeit mit der Arbeiterchaft für gemeinsame Forderungen, nur die Kontrolle der Produktion durch das Proletariat und die Erzeugung der politischen Macht wird das Leben der Arbeiter sichern. Nach mehrer Diskussionen sprachen zwei Redner vom Reichsbund, die jedoch mit ihrer Verteidigung der politischen Neutralität keinen Anklang fanden.

Ein erschütterndes Bild brennender Schande für jeden Deutschen hat ein Kusse, der in der Versammlung als Redner auftrat. Er wurde mit viele andere von deutschen Behörden verschleppt und drei Jahre lang zu schwerster Arbeit für die deutsche Ardenamische gemannet. Bei der Rettung eines Deutschen im Gefängnis einer Zensurkommission wurde er schließlich durch Verbrennungen entlassen, wobei er beide Hände verlor. Im März aus dem Krankenhaus entlassen, wird er nun ohne jede Hilfe von den deutschen Behörden herumgeschoben. Man hat ihm die Hände nicht einen Glensin, wohl aber eine Rettungsmöglichkeit angedeutet. Das stolze Deutschland überläßt es den armen Kriegsbeschädigten, diesen durch einen Unfall am Leben gebliebenen Jungen deutscher Schmach zu unterziehen.

Der Umzug unserer Redaktion und Geschäftsleitung vom Schiffbauerdamm 19 nach Breite Straße 8/9, geht in diesen Tagen voran. Wir bitten, während dieser Zeit alle nicht unbedingt notwendigen Besuche auszuweichen. Mittwoch abend fällt auch die juristische Sprechstunde aus. Vom 1. Juli ab sind alle Zuschriften nach Breite Straße 8/9 zu richten.

Bestrafter Wucher. Am Sonnabend nachmittag erlaubte sich nahe dem Alexanderplatz eine Gasse, die manchen Geschäftsmann als manchen Beispiel dienen könnte. In dem Stadtbahnhof unter dem Namen Alexanderplatz in der Gassestraße befindet sich das Lebensmittelgeschäft von Reissner. Diese Gasse hätte einen großen Nutzen für die Arbeiter mit 200 Mark das Pfund ausgereicht. In kurzer Zeit sammelten sich die Arbeiter davor an, daß sie sich in langer Reihe anstellen mußten. Als der Inhaber des Geschäftes die große Kasse heraus schickte er geschwind den Preis auf 2,25 Mark herauf. Die Wirkung dieser Veränderung war aber ganz anders, als der übliche Geschäftswann sie beabsichtigt hatte. Anstatt schnell weiter zu laufen, drohten die empörten Käufer das Geschäft zu stürmen. Es entstand ein unbeschreiblicher Tumult, und die Sicherheitskräfte war genötigt, zum Schutze des Lebens einzuschreiten. In die Gemüthungen, die erregte Menge zu zerstreuen, bereit waren und große Gefahr bestand, daß der Laden ausser Acht wurde, folgte die Sicherheitskräfte kurzer Hand den Schrei.

Überzeugt! Es haben sich noch nicht alle abstimmen berechtigten Ansprüche aus Berlin: Lichtenberg, Friedrichshagen, Köpenick und Straus zur Frage angenommen. Der Leiter des Komitees will, welche sich sofort bei Herr Weller, Riegelstraße 81 im Restaurant.

Überfließen der Ortsgemeinde Zentrum werden werden. Der Geburts- bzw. Geburtsurkunden in der Geschäftliche Straßenstraße 47, bei H. M. Baum & Co. abgegeben. Das ist nicht auch Auskunft allen Abstammungsberechtigten erteilt.

Berlin! Beitragskassierer des Deutschen Landarbeiter-Verbandes hat am Mittwoch, den 24. d. Mts., zwischen 12 und 1 Uhr, in der Friedrichstraße ein Buch mit Beitragsmarken verloren. Da derselbe ersparlich ist, bittet er den christlichen Finder, die Marken im Bureau des Verbandes, Engel-Weg 15, Zimmer 46, oder bei Otto Kropfow, A. 51, Lortzingstraße 26 A 1, abzugeben.

Aus den Organisationen.

- 1. Bezirk. Dienstag 7 Uhr Sitzung des Vorstandes, des politischen und Nationalkommissionen bei Koch, Hagenstraße 67. — Dienstag 7 1/2 Uhr Sitzung der Arbeiterkommissionen bei Hermann, Köpenicker Straße 28.
- 2. Bezirk. Dienstag 8 Uhr Funktionssitzung im Gewerkschaftshaus. Die Vorstandemitglieder treffen sich pünktlich 7 Uhr in der Stadthalle.
- 3. Bezirk. 6. Abteilung. Dienstag 7 Uhr Mittelbauversammlung in der Schulstraße 12. Tagesordnung: 1. Unsere Stellungnahme zur Regierung. 2. Stellungnahme zur Kreis-Generalkonferenz.
- 4. Bezirk. Heute, Montag, abend 7 Uhr Frauenversammlung in der Reichstraße 12. — Dienstag 7 Uhr Sitzung der politischen Kommission bei Rapp, Rappstraße 8.
- 5. Bezirk. Heute 7 1/2 Frauenabend bei 1., 2. und 3. Abteilung (Wohnort) bei Wiese, Eibinger Straße 21, bei 4., 5. und 6. Abteilung (ehemaliger 6. Kreis) bei Schlichter, Dongler Straße 48.
- 12. Bezirk. 2. Abteilung. Dienstag 7 1/2 Uhr Sitzung der Reichs- und Ortskommissionen bei Hübner, Gauderstraße 18, Charlottenburg. Heute 7 Uhr Sitzung der Schulkommission der Ortsbeiräte im Volkshaus, Gieselerstraße. Ortsbeiräte treffen sich um 6 1/2 Uhr.
- Schöneberg. Heute, Montag, 7 1/2 Uhr, erweiterte Vorstandssitzung bei Frau, Hagenstraße 18.
- Spandau. Dienstag 8 Uhr Funktionssitzung bei Rapp, Hagenstraße 67. 4. Abteilung. Mittwoch pünktlich 8 Uhr bringende Funktionssitzung in der Stadthalle.
- Lichtenberg. Dienstag pünktlich 7 1/2 Uhr Sitzung der Schulkommission II (vormalig 4.-6. Bezirk) bei Hübner, Hagenstraße 18.
- Wilmersdorf. Dienstag 7 1/2 Uhr öffentliche Vorstandssitzung in der Torstraße-Franzose, Berliner Allee 211. Vortrag des Genossen Oberlehrer Welle.

Verantwortlich für die Redaktion: P. O. Sieblich, Friedrichstraße 8/9. — Verantwortlich für den Inhalt: P. O. Sieblich, Friedrichstraße 8/9. — Druck der Landesdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H. Schulbauerdamm 19.

Große Preisermäßigungen in Schuhwaren

bei der städtischen Bekleidungsstelle in Neukölln, Bergstraße 29

Damensiefel

moderne Fassons, extra gute Robbeveaux- und Rindledersorten, Mk. 100.-

Herrensiefel

gediegene Arbeit, prima Rindbox, kurze moderne Form, Mk. 115.-

Kindersiefel

bequeme Form, dauerhafte Qualität von Mk. 44.- an

Geschäftszeit von 8-6 Uhr

Fachmännische Bedienung gewährleistet

Warenabgabe ohne Bezugsschein an jedermann auch Nicht-Neuköllner

Theater und Vergnügungen

Volksbühne Montag 7 1/2 Uhr: Der Richter von Zalamea

Staatstheater 7 1/2 Uhr: Ust. Kostüm- und L. L. L. L.

Deutsches Theater 7 1/2 Uhr: Nimmerspiele

Kleines Schauspielhaus 7 1/2 Uhr: Moral der Frau Dulka

Theater des Westens 7 1/2 Uhr: Oedipus Rittersch

Lessing-Theater Sommerzeit Ab Sonntag den 28. täglich

Lepoldine Konstantin Das Glas der Jungfrau

Deutsch. Klass. Theater Abends 7 1/2 Uhr: Die bessere Hälfte

Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Schwarzwalddel.

Neues Operettenhaus 7 1/2 Uhr: Die Fledermaus

Prinzessin Friedl Ehemaliges

Volgt-Theater 7 1/2 Uhr: Ein selbes Nummer

Das Fräulein vom Amt

Ylmon-Theater (Babst-Friedrichstraße) Täglich 10 Uhr

Maskerade Sonntag 4 Uhr kleine Preise: Der Sünder

Residenz-Theater (Königsplatz) Täglich 10 Uhr

Die Raschhoffs Sonntag 4 Uhr kleine Preise: Der gute Ruf

Neues Volksbühnen

Köpenicker Str. 95 7 1/2 Uhr: Die 3 Zwillinge

Berliner Proter Kastanien-Allee 7-9

12 Varietè-Savarielles 12 in der Tanz-Diale Großer Ball

Wahalla-Theater Täglich 7 1/2 Uhr: Kasernenluft

Sommertheater „Groß-Berlin“ abm. Kiew's

Kammer-Tanzspiele Bülowsir, 6 am Holländerplatz

Neue Welt Arnold Schatz Hasenheide 108-114

Theater am Kottbusser Tor Täglich 7 1/2 Uhr: Ette-Sänger

Apollon-Theater Friedrichstr. 218

Deutsche Schokoladen 109-Dr. Tafel 5,50 M.

Billige Wohnungen

Fürkelverhörige D. R. G. M.

Zahn-Praxis Endter Nfg.

Aivenslebenstraße 21, Hochbahnhof Bülowsir, Sprechstunden wochentags von 9-12, 2-6 Uhr.

Nur 2 feste Preise: Zähne 5 M. u. 7,50 M.

Schöne natürliche Farben & Formen mit echtem Friedenstanzschuk u. schriftlicher Garantie

Goldkronen, Brücken, Stiftzähne, Mund-Untersuchung gratis. Keine Luxussteuer.

Befreiung von staatlicher Angestelltenversicherung

ermöglicht Beantragung einer Lebensversicherung bis zum 30. Juni 1920 bei der Gothaer Lebensversicherungsbank a. S.

2 Milliarden 750 Millionen Mark.

Abt. 1. Juli 1920, Berlin, Wilhelmstr. 10, 1. Etage

Partisekretär für Essen gesucht.

Reflektiert wird auf eine rednerisch und agitatorisch befähigte Kraft.

Bewerbungen mit kurzen Lebenslauf und einem Aufsatz über die Tätigkeit eines Partisekretärs sind bis zum 8. Juli zu richten an

Albin Panzer, Partisekretär, Essen, Maschinenstr. 16

Spezial-Behandlung für Geschlechts- u. Hautkrankheiten

Dr. Löser, Spezial-Arzt für Geschlechts- u. Hautkrankheiten, Berlin, Rosenbühl. Str. 69-70

Spezialbehandlung für Haut- und Geschlechtskrankheiten

C. Weissert, 1. Class. Edele Bergstraße, Kostenlose Untersuchung und Beratung über suchtgemäße Behandlung

Sprechstunden 10-12 und 4-6, Sonntags 10-12

Isolieren Kupferdraht, Litzen und Wachsdräht

Ingénieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstraße 10

Kupfer 7,50 M. Schulendorfer Str. 2

Die Neuköllner Metall-Einkaufs-Zentrale Kottbusser Platz 66

Spiralbohrer, nur neu, kauft F. Schulkel jr.

Lichtenberg, Mühlendorferstraße 10.

Elektromotoren Gleichstrom u. Drehstrom

Ingénieurbureau Schlichting, Berlin W 9, Linkstr. 10

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Berlin N 54, Einleendr. 83 98, Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr

Wittwoch, den 30. Juni 1920, abds. 5 Uhr, Versammlung

in d. Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen

Wittwoch, den 30. Juni 1920, abds. 5 Uhr, Konferenz

der Funktionäre künstlicher Gasmetallbetriebe Groß-Berlin

Wittwoch, den 30. Juni 1920, abds. 7 Uhr, Branderversammlung

in der Eisenwerkstättenindustrie beschäftigten Arbeiterinnen

J. H. W. Holz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart

Der Zukunftsstaat

Produktion und Konsum im Sozialismus von Prof. Dr. Karl Baed

Wer sich über die Brennpunkte der Sozialreform in Deutschland

Münzen, Briefmarken

kauft Großmann, Johannstr. 4 Norden 106 21.

DER MORD

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Mit Porträts der Ermordeten und Bildern der Angeklagten

Zu beziehen von der Buchhandlung „Freiheit“

KLEINE ANZEIGEN

Annahme in allen Speditionen des Vorzuges Das Ueberschriftswort 2.- M., jedes weitere Wort im Text 1,50 M. netto; Stellengesuche: Ueberschriftswort 1,50 M., jedes weitere Wort im Text 1.- M.

Möbel

Chaiselongues, 180.- bis 600.-, Metallbetten 200.- bis 3000.-, weiße Schlafkammer

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer sowie sämtliche Werkzeuge kauft an Lagerpreisen Preisliste Willy Berlin, Tarnstraße 19

Aufkäufer! Suche Werkzeuge aller Art

Spiralbohrer, Schneidwerkzeuge, Feilen, Zangen, Handbohrer, Feilen, Maschinen, Schneid- und Holzschrauben

Spiralbohrer, Werkzeugen

Spiralbohrer, Schneidwerkzeuge, Feilen, Zangen, Handbohrer, Feilen, Maschinen, Schneid- und Holzschrauben

Gärtner mit Oberbehälter

an, Berlinische 96.- bis 100.-, Haargräber, Stora, Portieren

Unterricht

Richtiges Deutsch sprechen, schreiben lehrt Erziehungsausschuss

Tiermarkt

Schäferhunde, Substanz, Hundeverkauf, Akkut, Drescherbau 3.- M., Kanari

Anstellungen

Spindl, Leim, Schellack, kauft Schmelz, Reichenberger Straße 6

Baustellen

Teils eingezogen, Frederich, Höhenwegendstr. 200.- Anzahlung, Tünten, Steglitz, Treibschnecke

Verkaufe

Gardinenverkauf Deutsch, Landberger Straße 13

Kaufgesuche

Armeepistolen kauft an höchsten Preisen Kitzlein, Lindenstraße 80.

Arbeitsstellen

Arbeitsstellen, kauft an höchsten Preisen Kitzlein, Lindenstraße 80.

Arbeitsstellen

Arbeitsstellen, kauft an höchsten Preisen Kitzlein, Lindenstraße 80.

Arbeitsstellen

Arbeitsstellen, kauft an höchsten Preisen Kitzlein, Lindenstraße 80.

Arbeitsstellen

Arbeitsstellen, kauft an höchsten Preisen Kitzlein, Lindenstraße 80.

Arbeitsstellen

Arbeitsstellen, kauft an höchsten Preisen Kitzlein, Lindenstraße 80.

Arbeitsstellen

Arbeitsstellen, kauft an höchsten Preisen Kitzlein, Lindenstraße 80.